



**DNR**  
DEUTSCHER  
NATURSCHUTZRING



**EUROPAWAHL 2024**

# **Natürlich Europa – Wir haben die Wahl**

Forderungen der deutschen Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen zur Europawahl 2024

## Unterstützerorganisationen





# Inhalt

## Natürlich Europa – Wir haben die Wahl!

Forderungen der deutschen Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen zur Europawahl 2024 für die Agenda von Parlament und Kommission	Seite 04
Demokratisierung und Nachhaltigkeit in der EU stärken	Seite 05
Industriewende umsetzen und Ressourcennutzung reduzieren	Seite 06
Für eine nachhaltige und gerechte Klimapolitik, die das 1,5°C-Limit einhält	Seite 07
Für eine nachhaltige Transformation des Agrar- und Ernährungssystems	Seite 08
Für eine Offensive im Natur-, Tier- und Artenschutz zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen	Seite 10
Für einen konsequenten Schutz von Meeren und Gewässern	Seite 11
Für eine Stärkung der Gesundheit und schadstofffreien Umwelt	Seite 12
Die nachhaltige Mobilitätswende realisieren	Seite 13
Die Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation sicherstellen	Seite 14

# NATÜRLICH EUROPA – WIR HABEN DIE WAHL!

## Forderungen der deutschen Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen zur Europawahl 2024 für die Agenda von Parlament und Kommission

Die Klima-, Biodiversitäts- und Verschmutzungskrisen bedrohen unsere Ökosysteme und damit die Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen. Besonders in Europa erhitzt sich das Klima schneller als in vielen anderen Teilen der Welt, und dieser Trend gefährdet unsere Gesundheit und Ernährungssicherheit. Gletscher schmelzen und wir sind immer verheerenderen Naturkatastrophen wie Hitzewellen, Dürren, Stürmen und Überschwemmungen ausgesetzt. Diese vielfältigen Krisen haben auch soziale Auswirkungen in und außerhalb Europas: Steigende Lebenshaltungs- und Energiekosten, wachsende soziale Ungleichheiten und zunehmende Fluchtbewegungen – insbesondere aufgrund der fortschreitenden Klimaerhitzung, die einige Weltregionen unbewohnbar macht. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine verschärft die Situation zusätzlich.

Das Votum der europäischen Bürger\*innen bei der Europawahl 2024 und die daraus resultierende Politik der neuen Abgeordneten im Europäischen Parlament sowie der neuen EU-Kommission werden darüber entscheiden, wie wir in der Europäischen Union diese Herausforderungen bewältigen können: Wir brauchen dringender denn je ein zukunftsfähiges und resilientes Europa. Dies kann nur mit einem Wandel hin zu einer nachhaltigen Lebensweise innerhalb der planetaren Grenzen gelingen, die Mensch, Tier und Umwelt gleichermaßen gerecht wird. Alle Maßnahmen im Rahmen des europäischen Green Deals sowie im Bereich der Finanz- und Fiskal-, Sozial- oder Tierschutzgesetzgebung in der Europäischen Union müssen auf dieses oberste Ziel fokussieren. Nur so können wir die Lebensgrundlagen für alle Menschen fair und auskömmlich erhalten. Eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft, Sicherheit durch naturverträgliche erneuerbare Energien, ein Leben und Wirtschaften im Einklang mit der begrenzten Verfügbarkeit von Ressourcen sowie eine gesunde und lebenswerte Umwelt mit intakten Ökosystemen bilden die Grundlagen für ein zukunftsfähiges, friedliches und demokratisches Europa.

Seit ihrer Gründung hat die Europäische Union immer wieder gezeigt, dass der beste Weg zur Bewältigung grenzüberschreitender Krisen und Herausforderungen das gemeinsame Handeln der Mitgliedstaaten ist. Dieses Handeln strahlt auch über die europäischen Grenzen hinaus: Noch hat die Europäische Union die Chance, ihrer historischen Verantwortung gerecht zu werden, indem sie zeigt, wie gut Länder zusammenarbeiten können, um den sozial-ökologischen Wandel voranzubringen. Die Europäische Union kann aus den multiplen Krisen nur dann gestärkt hervorgehen, wenn sie sich weiter demokratisiert sowie gerechter und insgesamt nachhaltiger wird. Dafür sind unsere gewählten Vertreter\*innen im Europäischen Parlament von entscheidender Bedeutung. Die Bürger\*innen schätzen, was die Europäische Union für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz bereits geleistet hat, denn sie haben längst erkannt, dass saubere Luft, unbelastetes Wasser, eine intakte Natur, eine giftfreie Umwelt sowie ein respektvoller Umgang mit Tieren nur durch Zusammenarbeit zwischen den Ländern und gemeinsame ambitionierte Mindeststandards zu gewährleisten sind.

Durch den europäischen Green Deal wurden in der Europäischen Union zentrale Weichen für eine sozial-ökologische Transformation gestellt. Jetzt gilt es, diesen Weg konsequent und verlässlich weiter zu beschreiten.

### Prioritär sind dabei folgende Punkte:

- **Die Klima- und Biodiversitätskrisen sind untrennbar miteinander verknüpft.** Ihre Bekämpfung muss oberste Priorität der Politik werden. Eine besondere Bedeutung kommt in der kommenden Legislaturperiode dabei der Landwirtschaft zu, die bislang maßgeblich zum Artensterben, zur Klimakrise sowie zur Beeinträchtigung von terrestrischen und aquatischen Ökosystemen beigetragen hat. Es braucht deshalb ein **verbindliches EU-Klimaziel für den Landwirtschaftssektor**. Agrarfördermittel dürfen

nur noch gezahlt werden, wenn sie an **ökologische Leistungen zum Klima-, Biodiversitäts-, Tier-, Gesundheits- und Umweltschutz** oder dem konsequenten Ab- und Umbau der Tierhaltung geknüpft sind. So kann und muss der Sektor zum Vorreiter der Transformation werden.

- Ein verantwortungsvoller und nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen soll sich finanziell lohnen, Verschwendung und Verschmutzung müssen hingegen etwas kosten. Daher muss das **Verursacherprinzip überall und konsequent durchgesetzt** werden. Dazu sollte die Besteuerung von Verschmutzung und Ressourcenverbrauch eingeführt werden. **Umwelt- und klimaschädliche Subventionen müssen abgeschafft werden**, denn sie konterkarieren alle Investitionen in Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Sie bremsen den Strukturwandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise in Europa aus. Die so freiwerdenden Finanzmittel sollten insbesondere für die soziale Abfederung der Transformation genutzt werden. Sämtliche Mittel sind klar an den **Erfordernissen der sozial-ökologischen Transformation auszurichten**.
- Das **Vorsorgeprinzip** ist eines der Grundprinzipien der europäischen Umweltpolitik und muss weiterhin im Mittelpunkt stehen. Statt allein auf vermeintliche Versprechen von technologischen Lösungen in der Zukunft zu wetten und dabei negative Auswirkungen auf unsere Ökosysteme zu riskieren, muss europäische Umwelt- und Klimapolitik vorausschauend und vorbeugend ausgestaltet sein. Dazu gehört ebenso, dass **neue gentechnische Verfahren weiterhin stark reguliert** und gentechnisch veränderte Organismen nicht unkontrolliert in Ökosystemen freigesetzt und auf die Märkte gebracht werden.

In den kommenden fünf Jahren muss die Europäische Union den ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Umbau, der mit dem europäischen Green Deal begonnen wurde, konsequent voranbringen. Als deutsche Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen fordern wir daher die europäischen Parteien, die zukünftigen Abgeordneten im Europäischen Parlament und die zukünftige EU-Kommission auf, Europa fit für die Zukunft zu machen. Die hier aufgeführten Forderungen sind ein konkreter Beitrag zur Lösung der anstehenden Herausforderungen.

### Demokratisierung und Nachhaltigkeit in der EU stärken

Die EU muss die Zukunft unseres Planeten und das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Die Stärkung der Demokratie und der Aufbau echter Transparenz bei Entscheidungsfindungen in und zwischen den Institutionen sowie die vollständige Umsetzung von Gesetzen und deren konsequenter Vollzug ist dafür entscheidend.

- Sorgen Sie dafür, dass die EU die **soziale und ökologische Nachhaltigkeit als übergreifendes und prioritäres Leitprinzip** verinnerlicht, die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) in allen Politikbereichen umsetzt und im Rahmen der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten sozial gerecht wirtschaftet. Dies beinhaltet eine überparteiliche Unterstützung innerhalb des Europäischen Parlaments für eine Abkehr vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Wachstumsindikator hin zu Fortschrittsindikatoren, die sich viel stärker an ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit orientieren.
- Die Europäische Union und ihre Vorgängereinstitutionen haben große Fortschritte oft angesichts akuter Notwendigkeit erzielt. Die Klima-, Biodiversitäts- und Verschmutzungskrisen können nur mit gemeinsamen Anstrengungen bewältigt werden. Dafür braucht es eine **Europäisierung in weiteren, ausgewählten Politikbereichen, die Gemeingüter fördern**. So sollte beispielsweise die Einstimmigkeit in Steuerfragen überwunden werden, unter anderem, damit umwelt- und klimaschädliche Subventionen vollständig abgebaut werden können. Auch beim grenzüberschreitenden Bahnverkehr und für den Erhalt von Kohlenstoffspeichern braucht die EU mehr Kompetenzen.

- Setzen Sie sich für eine demokratische und für die Menschen greifbare EU mit **transparenten sowie nachvollziehbaren Entscheidungsprozessen ein**. Lobbyismus muss offengelegt und reguliert werden – nicht nur durch ein verbindliches Register. Es gilt, die Governance-Strukturen und die Arbeitsprozesse in der EU inklusive der Besetzung der Fachausschüsse sowie Transparenz- und Ethikregeln zu evaluieren und zu verbessern.
- Neben einer besseren Rechtsetzung braucht es auch eine **bessere Umsetzungsagenda**, um die mit den Initiativen des europäischen Green Deals verbundenen Ziele zu erreichen. Dazu bedarf es strikter Vorgaben, die **keine Verletzung des Umweltrechts** dulden.
- Setzen Sie sich ein für einen EU-weiten Gesetzgebungsrahmen für einen **Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten** im Sinne der Aarhus-Konvention. Zu einer besseren Verfolgung von Vertragsverletzungsverfahren gehört auch die Personalaufstockung in den relevanten Abteilungen der EU-Kommission.
- Die sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn alle Menschen in der EU dazu befähigt sind, diese mitzugestalten. Machen Sie sich stark für eine Ausrichtung der bestehenden Förderprogramme wie Erasmus+ an den SDGs und dem UNESCO-Programm „Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2030“. Legen Sie neue Programme für die **Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung, Menschenrechts- und Demokratiebildung sowie politischer Bildung** auf.
- **Soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit** sind wesentliche Bestandteile einer nachhaltigen und resilienten Demokratie und der Schlüssel für eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation. Durch die Gleichstellung der Geschlechter und Berücksichtigung marginalisierter Gruppen können soziale Ungleichheit und Umweltverschmutzung reduziert und gesellschaftliche Teilhabe erhöht werden. Setzen Sie sich dafür ein, dass alle Maßnahmen zur Reduzierung der Klima-, Biodiversitäts- und Verschmutzungskrisen auf die geschlechtsspezifische Situation besonders von Frauen und allen Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden, geprüft und mit ausreichenden finanziellen Mitteln verankert werden.

## Industriewende umsetzen und Ressourcennutzung reduzieren

Unendliches Wachstum ist in einer Welt mit begrenzten Ressourcen unmöglich. Wir leben ressourcentechnisch „auf Pump“ und gefährden damit das Leben von Menschen überall dort, wo Ressourcen für die EU erschlossen werden. Der IPCC-Bericht von 2022 nimmt explizit Bezug auf mehrere Studien, die zeigen, dass eine Klimastabilisierung unter zwei Grad nur möglich ist, wenn unser Wirtschaftssystem unabhängiger vom BIP-Wachstum wird. Der Weg zur Nachhaltigkeit ist nur durch den konsequenten Umbau der Wirtschaft zu erreichen. Der eingeschlagene Weg der Transformation durch den europäischen Green Deal sowie den Aktionsplan Kreislaufwirtschaft muss zügig und konsequent fortgesetzt werden, um die EU umweltfreundlicher und klimaneutral zu machen.

- Setzen Sie sich für eine **konsequente Transformation zu einer klimaneutralen Industrie** ein, die ihren Namen verdient: Den Kern müssen massive **Einsparungsbemühungen**, Suffizienz, Effizienz und Elektrifizierung als Grundbedingung für die echte Innovation bilden – auch unter Einbeziehung von mehr Kreislaufwirtschaftsaspekten.
- Sorgen Sie für eine absolute **Reduktion des Rohstoffverbrauchs** und eine Erhöhung der Materialeffizienz. Hierfür bedarf es verbindlich festgesetzter Ziele für die schrittweise Verringerung des primären Rohstoffverbrauchs und des Abfallaufkommens pro Einwohner\*in. **Kritische Rohstoffe** müssen verstärkt aus dem Recycling stammen, insbesondere muss ihr Verbrauch drastisch gesenkt und die EU Vorreiterin bei der Substituierung solcher Rohstoffe werden.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass die Europäische Union die **Abfallhierarchie** umsetzt. Dazu muss sie die Vermeidung von Abfall und die Wiederverwendung prioritär behandeln und das Ökodesign, die Reparatur und Wiederverwendung sowie das Recycling von Produkten intensivieren. Eine konsistente **Kreislaufwirtschaft** kann nur durch eine Weiterentwicklung der Produktpolitik gelingen. Dabei sind Materialverfügbarkeit und Lieferketten für die benötigten Technologien unionsweit gemeinsam zu lösen. Langlebige, wiederverwendbare

und reparier- sowie recyclingfähige und rezyklathaltige Produkte müssen zum Standard werden. Ressourcenschonende Dienstleistungen sind zu fördern, z.B. durch ein **Recht auf (kostengünstige, herstellerunabhängige und qualitativ hochwertige) Reparatur, Leihsysteme oder Second-Hand**. Der Verbrauch an Verpackungen muss drastisch reduziert werden, insbesondere durch die Förderung von Mehrwegsystemen.

- Achten Sie darauf, dass das **Vorsorgeprinzip** in der Umweltpolitik, einschließlich bei Subventionen oder Anreizen, konsequent angewendet wird. Noch immer sind Sekundärrohstoffe gegenüber Primärmaterial zu häufig preislich nicht konkurrenzfähig. Dies muss sich beispielsweise durch eine **Besteuerung von Primärrohstoffen und Sektoren** ändern.
- Wasserstoff ist kein Selbstzweck, sondern muss dem Klimaschutz dienen und dosiert und zielgerichtet eingesetzt werden. Nur **grüner Wasserstoff**, der auf Basis zusätzlicher erneuerbarer Energien produziert wird, sollte öffentliche Fördermittel erhalten. Der Einsatz von Wasserstoff muss klar auf die Anwendung in den Sektoren wie Industrie, Flug- und Schiffsverkehr priorisiert werden, die nicht direkt elektrifizierbar sind. Die umfangreiche Nutzung von Wasserstoff für Gebäudewärme und die generelle Nutzung von Wasserstoff im PKW-Verkehr sind klar abzulehnen, da sie wegen der energetischen Umwandlungsverluste nur einen minimalen Klimanutzen bieten. Die Planung der zukünftigen Wasserstoffinfrastruktur ist streng an den Klimazielen zu orientieren und auf die sinnvollsten Verbrauchszentren zu begrenzen.
- Der europäische Green Deal muss zum **Motor für neue Jobs** werden. Die Europäische Kommission sollte dafür Ziele und Empfehlungen für Qualifizierung und Beschäftigung ausgeben. Unternehmen sollten verbindliche Transformationsfahrpläne erarbeiten und sukzessive umsetzen. Aus- und Fortbildungen sollten konsequent auf klimafreundliche Beschäftigungen ausgerichtet werden.
- Setzen Sie sich für die beschleunigte Um- und Durchsetzung der begonnenen Prozesse bei der Industriewende, wie die Einführung einer **nachhaltigen öffentlichen Beschaffung**, ein.

### Für eine nachhaltige und gerechte Klimapolitik, die das 1,5°C-Limit einhält

Die 2020er-Jahre sind entscheidend für die sozial-ökologische Transformation der EU und dafür, ob wir es schaffen, die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen und noch drastischere Klimaauswirkungen weltweit einzudämmen. Um zukunftsfähig zu bleiben, muss die EU – auch als Vorbild für die internationale Staatengemeinschaft – ihre Treibhausgasemissionen rasch, fair und deutlich mindern und die Energiewende beschleunigen. Die Nutzung und Abhängigkeit von fossilen Energien ist aus ökonomischer, sozial-ökologischer und Klimagerechtigkeitsperspektive nicht mehr tragbar. Hierzu gehört auch, in tatsächlich nachhaltige Technologien zu investieren, um den Technologiestandort Europa zu erhalten.

- Sorgen Sie für **ein ambitioniertes EU-Klimaziel bis 2040 in Einklang mit dem 1,5°C-Limit und basierend auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen des unabhängigen EU-Klimabeirats (ESABCC)**. Um die rasche Transformation zur Klimaneutralität anzukurbeln, muss ein Zwischenziel für 2035 gesetzt werden, wie bereits im Rahmen der Vereinten Nationen vereinbart. Dieses muss für die größten Emissionsreduktionen in der ersten Hälfte des Jahrzehnts sorgen und darf daher nicht linear vom 2040-Ziel abgeleitet sein. Die EU hat eine historische globale Verantwortung, der sie nachkommen muss. Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU neben ihren eigenen Emissionsreduktionsbemühungen andere Länder noch stärker durch Klimapartnerschaften, Klimafinanzierung und technische Unterstützung sowie Expertise in den Bereichen Emissionsminderungen, Anpassung sowie klimabedingte Schäden und Verluste unterstützt.
- Stellen Sie sicher, dass **im Umgang mit CO<sub>2</sub>-Emissionen die Vermeidung und Reduktion stets die oberste Priorität** haben. Die CO<sub>2</sub>-Entnahme darf nur eine sehr begrenzte und nachrangige Rolle einnehmen. Sie darf Vermeidungs- und Reduktionsbemühungen nicht schwächen oder gar ersetzen, sondern muss zusätzlich für den Ausgleich von – eng zu definierenden – unvermeidbaren Restemissionen sowie für die Schaffung von Netto-Negativemissionen erfolgen. Daher müssen Ziele für Kohlenstoffentnahme und Emissionsreduktion

getrennt festgesetzt werden. Außerdem müssen Permanenz und Haftung für Kohlenstoffentnahmen gewährleistet werden. Das Erreichen der EU-Klimaziele ist von unrealistisch hohen Zielen der Kohlenstoffentnahme zu entkoppeln. Denn die technologisch-ökonomische Realisierbarkeit und Resilienz der natürlichen Senken sind angesichts der fortschreitenden Klimakrise schwer kalkulierbar.

- Setzen Sie sich für eine vernünftige und planvolle Umsetzung der Ziele ein, indem bestehende Instrumente gestärkt und erweitert werden: Machen Sie sich stark für die **Weiterführung und Verschärfung der Europäischen Klimaschutzverordnung (CARE), des EU-Emissionshandels (ETS) und der bestehenden sektoralen Gesetzgebung nach 2030 – alles im Einklang mit dem 1,5°C-Limit**. CARE muss auch in Zukunft verbindliche Emissionsreduktionsziele für die einzelnen EU-Mitgliedstaaten und die notwendigen Emissionsreduktionen bis 2035, 2040 und die EU-Klimaneutralität bis spätestens 2050 vorgeben. Im ETS1 muss das Verursacherprinzip zur Anwendung kommen, indem die kostenlose Zuteilung abgeschafft und der Übergang zur hundertprozentigen Versteigerung von Zertifikaten gestaltet wird. Für Investitionssicherheit, Lenkungswirkung und Sozialverträglichkeit des ETS2 für Gebäude und Verkehr braucht es einen Preiskorridor mit jährlich steigenden Mindest- und Höchstpreisen. Die Kommission sollte im Rahmen der Überprüfung des EU-Grenzausgleichs (CBAM) einen Vorschlag zum schnelleren Auslaufen der kostenlosen Zuteilung von Emissionserlaubnissen vorlegen.
- Bringen Sie die **Energiewende** der EU entschlossen und gerecht voran und stellen Sie sicher, dass nur tatsächlich grüne und klimafreundliche Technologien wie naturverträgliche **erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft** Förderung erhalten. Bis 2040 sollte die EU im gesamten Energiesektor 100 Prozent Erneuerbare erreicht haben, dabei sollte die Bürger\*innen-Energie im Vordergrund stehen. Gerade im Hinblick auf die steigenden Flächen- und Nutzungskonkurrenzen und die abnehmende Resilienz und Senkenleistung vieler Ökosysteme braucht die EU einen strikteren Rahmen für eine begrenzte und naturverträgliche Nutzung von Bioenergie. Schaffen Sie die Rahmenbedingungen für den Aufbau von leistungsfähigen **Governance-Strukturen**, welche die Raumplanung EU-weit für den beschleunigten und naturverträglichen Ausbau von Wind- und Solarenergie sowie der Stromnetze befähigen. Schaffen Sie anhand von Garantien etwa zur Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien und deren Infrastruktur Planungssicherheit für die Industrie. Die Anwendung von Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) sollte eine sehr begrenzte und nachrangige Rolle einnehmen und nur auf unvermeidbare Restemissionen beschränkt werden. Atomkraft sowie fossile Gas müssen eine klare Absage bei Subventionen oder der Planungsbeschleunigung erteilt werden.
- Sorgen Sie dafür, dass die EU unmissverständlich das **Ende der Nutzung von fossilen Brennstoffen** umsetzt, indem sie **rechtsverbindliche Fristen für den Ausstieg** aus der energetischen Nutzung von fossilem Gas und Öl bis spätestens 2040 festlegt. Damit würde ein zentraler Schritt hin zur Klimaneutralität gemacht und Rechtssicherheit für Investor\*innen und Verbraucher\*innen geschaffen werden.
- Setzen Sie sich für die Souveränität Europas durch deutlich stärkeres Engagement bei der **Reduktion des Energieverbrauchs und Steigerung der Energieeffizienz** ein. Hier kommt dem Gebäudesektor, der 40 Prozent des EU-Energieverbrauchs ausmacht, eine besondere Bedeutung zu. Es braucht schnellstmöglich einen europaweiten **Ausstieg aus der fossilen Wärmeerzeugung** sowie eine **Einführung ambitionierter energetischer Mindeststandards**. So können Bürger\*innen vor Energiearmut und hohen Energiepreisen geschützt werden.

## Für eine nachhaltige Transformation des Agrar- und Ernährungssystems

Die EU braucht ein Agrar- und Ernährungssystem, das die Biodiversitäts- und Klimakrise aktiv bekämpft und das Tierwohl sichert. Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass Lebensräume wiederhergestellt, Bodenbiodiversität gefördert sowie Pestizide, Düngemittel und Treibhausgase im Sinne des Green Deals konsequent reduziert werden. Nur dadurch kann langfristig die Versorgung aller Menschen mit gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln sichergestellt und Landwirt\*innen und Verbraucher\*innen ein gerechter Übergang ermöglicht werden. Mit der „Farm-to-Fork“-Strategie hat die EU einen wichtigen Rahmen verankert, der nun auch umgesetzt werden muss. Dafür müssen umweltschädliche Subventionen in der Landwirtschaft abgebaut und in



gezielte Honorierungssysteme und Investitionshilfen umgelenkt werden. Nur so kommen wir zu einem resilienteren und zukunftsfähigen Agrarsystem, das für künftige Krisen besser gewappnet ist.

- Die **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** muss zum zentralen Transformationsinstrument für die Landwirtschaft werden. **Alle Gelder der GAP** – ob Fördermittel oder Investitionsbeihilfen – **müssen an die zu erreichenden Umweltziele geknüpft werden**. Das bedeutet: die pauschalen Flächenprämien ohne Steuerungswirkung sind durch zielgerichtete, gemeinwohlorientierte Maßnahmen für Klima, Umwelt, Tierschutz und Biodiversität zu ersetzen, um endlich eine GAP zu realisieren, die Landwirt\*innen für die Erbringung von Gemeinwohlleistungen honoriert.
- Der **Ökolandbau muss** in allen EU-Mitgliedstaaten auf **mindestens 25 Prozent** ausgeweitet werden. Stellen Sie sicher, dass eine ausreichende Finanzierung und Unterstützung des Ausbauziels im Bio-Aktionsplan 2021-2027 gewährleistet ist.
- Der **Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen** ist ein Wettbewerbsvorteil der europäischen Landwirtschaft, der ohne den bestehenden Rechtsrahmen mit Risikoprüfung, Zulassung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit nicht möglich ist. Nur mit einem strikten Gentechnikgesetz bleibt die Wahlfreiheit für die Land- und Lebensmittelwirtschaft genauso wie für die Verbraucher\*innen erhalten. Setzen Sie sich deshalb dafür ein, dass weiterhin alle gentechnisch veränderten Organismen in der EU reguliert bleiben.
- **Übermäßiger Pestizideinsatz** und **übermäßige Stickstoffeinträge** bedrohen unsere Ökosysteme an Land und Meer, verschlechtern die Qualität von Boden, Luft und Wasser und verstärken die Klimakrise. Stellen Sie sicher, dass die **EU-Pestizidverordnung (SUR) mit ambitionierten Reduktionszielen**, einer Verbesserung der Zulassungsverfahren von Pestiziden und einem umfassenden Monitoring verabschiedet und konsequent umgesetzt wird. Die Toxizität und die Einsatzmenge von Pestiziden muss um mindestens 50 Prozent reduziert werden. Setzen Sie sich außerdem für **wirksame Maßnahmen und verbindliche Regelungen zur Verringerung und Vermeidung von Stickstoffüberschüssen** ein.
- Im Sinne des Tierschutzes, zur Bekämpfung der Klimakrise, zur Verringerung von Stickstoffeinträgen und Antibiotikaresistenzen sowie zur Förderung einer gesünderen Ernährung mit einem verringerten Konsum tierischer Produkte ist ein **Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung** essentiell. Dies kann gelingen, indem die Konzentration verringert, die Tierzahlen deutlich reduziert und die Haltungsbedingungen drastisch verbessert sowie der Import nicht-nachhaltiger Futtermittel eingedämmt und die Flächenbindung als Standard verankert werden. Setzen Sie sich zudem für ein **verbindliches EU-Klimaziel für den Landwirtschaftssektor** ein.
- Sorgen Sie dafür, dass die **Revision der europäischen Tierschutzgesetzgebung** nach der Wahl tierschutzgerecht vorgenommen und schnell umgesetzt wird. Dazu gehören unter anderem ein Verbot von Tiertransporten in Staaten außerhalb der EU, die Umsetzung des Käfigverbots, sowie ein Verbot der Wasserbadbetäubung von Geflügel.
- Die millionenfache **Haltung von Pelztieren** ist nicht nur ein erhebliches Tierschutzproblem, sondern durch die Übertragung und Ausbreitung von Krankheiten auch ein Gesundheitsrisiko für Menschen und Wildtiere. Pelzfarmen in der EU müssen deshalb schnellstmöglich geschlossen und Pelzimporte verboten werden.
- Entwässerte Moore sind eine erhebliche CO<sub>2</sub>-Quelle. Moorböden sind für sieben Prozent der Gesamtemissionen in der EU verantwortlich. Zur Bekämpfung der Klimakrise und zur Erreichung der Klima- und Biodiversitätsziele ist die **Wiedervernässung von Mooren** ein zentraler Hebel im Landnutzungssektor. Setzen Sie verbindliche, flächenwirksame und sozialverträgliche Regelungen zum Ausstieg aus der Moorentwässerung um. Stellen Sie sicher, dass ausreichend Finanzmittel und Beratungsoptionen zur Förderung nasser Nutzungsmöglichkeiten wie Paludikultur und zur Unterstützung von Landwirt\*innen entlang der Biomassewertschöpfungskette zur Verfügung stehen, und **beenden Sie die Subventionierung von Landwirtschaft auf entwässerten Moorböden**.

- Der neue **Rechtsrahmen für nachhaltige Ernährungssysteme** (Sustainable Food Systems) muss verbindliche und messbare Ziele innerhalb eines festen Zeitrahmens sowie wirksame Umsetzungs-, Kontroll- und Sanktionsmechanismen für alle relevanten Sektoren der Lebensmittelversorgungskette formulieren. Nachhaltige Wertschöpfungsketten, gesunde, pflanzen-basierte und bezahlbare Ernährung, die Sicherstellung kostendeckender Erzeugerpreise sowie verbindliche Ziele für die Landwirtschaft im Umwelt-, Klima-, Biodiversitäts- und Tierschutz müssen in der Landwirtschaft zur Priorität werden.
- Die EU hat zudem eine besondere Verantwortung auf dem Weltmarkt. Setzen Sie sich dafür ein, dass auch der **globale Flächenverbrauch der europäischen Agrar- und Ernährungsindustrie verringert** wird, keine neue Zerstörung oder Degradierung natürlicher Ökosysteme durch die Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen stattfindet und Mindeststandards bei Importen eingehalten sowie Dumpingeffekte bei Exporten vermieden werden. Gerade im Globalen Süden ist die Unterstützung kleinbäuerlicher Betriebe besonders wichtig für den nachhaltigen Anbau, die Ernährungssicherung und den Schutz der biologischen Vielfalt.

## Für eine Offensive im Natur-, Tier- und Artenschutz zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen

Mit der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 hat Europa bereits die grundlegenden Leitlinien für die Umsetzung der globalen Biodiversitätsziele festgelegt, für die es sich mit dem Biodiversitätsabkommen von Montréal verpflichtet hat. Es gilt, diese in der nächsten Legislaturperiode weiterhin konsequent umzusetzen. Der Erhalt der Biodiversität ist zentral, um unsere Lebensgrundlagen zu sichern. Daher müssen naturschutzpolitische Ziele eine deutlich höhere Priorität bei politischen Entscheidungen erhalten und der Schutz der Biodiversität sektorübergreifend in allen Gesetzgebungsprozessen integriert werden. Auch der Tierschutz ist ein wichtiges Querschnittsthema, das den EU-Bürger\*innen besonders am Herzen liegt: sechs der zehn erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen haben sich für Tierschutzbelange stark gemacht.

- Stellen Sie sicher, dass **alle 23 Ziele des globalen Biodiversitätsabkommens** von Montréal (KM-GBF) in den dafür relevanten europäischen Institutionen rasch und vollständig umgesetzt werden. Sorgen Sie insbesondere dafür, dass die Erhöhung der internationalen Biodiversitätsfinanzierung durch die EU bis 2025 bzw. 2030 gemäß Ziel 19 des KM-GBF gewährleistet ist. Dafür müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten das bisherige Budget für Biodiversität von rund 25 Mrd. EUR/Jahr bis 2030 mindestens verdoppeln. Die EU muss zudem das eigens gesetzte Ziel umsetzen, bis zum Ende der laufenden Finanzperiode mindestens 10 Prozent des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für Biodiversität zu investieren.
- Legen Sie rechtlich bindende Ziele und Maßnahmen fest, die **30 Prozent der Land- und Meeresfläche unter wirksamen Schutz** sowie mindestens ein Drittel dieser Flächen unter strengen Schutz stellen, und sorgen Sie dafür, dass das **Natura-2000-Netzwerk** endlich vollständig umgesetzt und durch konkrete Erhaltungsmaßnahmen, Ge- und Verbote effektiv geschützt wird. Stellen Sie eine kohärente Verknüpfung dieser Zielsetzung mit der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, der „Farm-to-Fork“-Strategie und dem Ökolandbau-Ausbauziel sicher.
- Um die **Wiederherstellung der Ökosysteme** an Land und im Meer verbindlich und flächenwirksam umzusetzen, ist eine zeitnahe und rechtlich bindende Verankerung von Wiederherstellungszielen und Vorgaben zur Flächensicherung durch Umsetzung einer ambitionierten EU-Wiederherstellungsverordnung (Nature Restoration Law) unerlässlich. Zudem muss die Finanzierung der Wiederherstellung der Natur gewährleistet und im MFR der EU verankert werden.
- Die EU ist ein wichtiger Absatzmarkt für den **internationalen Wildtierartenhandel**. Setzen Sie sich für eine konsequente, flächendeckende und zügige Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Die Privathaltung von Wildtieren und der Handel mit Wildtieren für die Privathaltung müssen in der Europäischen Union auf Tierarten beschränkt werden, die sich aus Sicht des Natur-, Tier- und Artenschutzes sowie aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Gesundheit als Heimtiere eignen, beispielsweise

durch Einführung einer EU-weiten Positivliste. Setzen Sie sich dafür ein, dass Tiere und Pflanzen, die in ihrem Herkunftsland illegal der Natur entnommen und exportiert wurden, nicht in die EU importiert, dort besessen oder verkauft werden dürfen. Um eine Voraussetzung für nachhaltigen, sicheren und legalen Wildartenhandel zu schaffen, brauchen wir eine artspezifische Registrierung der Importe von Wildtieren und -pflanzen, die derzeit noch nicht durch die EU-Artenschutzverordnung abgedeckt sind. Machen Sie sich dafür stark, dass der Import von Jagdtrophäen geschützter Arten im Hinblick auf Korruption, mangelnde Transparenz, illegale Jagdpraktiken und teilweise stark rückläufige Bestände überprüft wird und dass alternative Einnahmequellen durch nichtkonsumtive Nutzung gefördert werden.

- **Große Beutegreifer** sind wichtiger Bestandteil der europäischen Artenvielfalt und sind durch ihr Potenzial, Prozesse mit weitreichenden Auswirkungen im Nahrungsnetz zu beeinflussen, Schlüsselarten in Ökosystemen. Sorgen Sie für die Aufrechterhaltung und die konsequente Umsetzung der Schutzbestimmungen für große Beutegreifer und die Förderung der Koexistenz von Menschen und Wildtieren.
- Tiere haben keine eigene Stimme und brauchen auch auf EU-Ebene eine starke politische Vertretung. **Tierschutz ist ein wichtiges Querschnittsthema** und betrifft nicht nur viele Politikbereiche, sondern auch besonders viele Menschen in der EU. Unterstützen Sie deswegen die Forderung für eine\*n EU-Kommissar\*in für Tierschutz.

## Für einen konsequenten Schutz von Meeren und Gewässern

Der Zustand unserer Meere und Gewässer ist besorgniserregend. Wir sind weit davon entfernt, unsere Schutzziele zu erreichen, während Überfischung und Mülleinträge die Situation weiter verschärfen. Weil ökologische Belastungsgrenzen bereits heute überschritten werden, muss der Schutz unserer Meere und Gewässer deutlich verbessert werden. Zudem brauchen wir ein wissenschafts- und ökosystembasiertes Fischereimanagement und den Abbau umweltschädlicher Fischereisubventionen. Um einen gerechten Übergang zu gewährleisten, müssen Fischer\*innen unterstützt werden.

- Stellen Sie sicher, dass das **UN-Hohe-See-Abkommen zum Schutz der Biologischen Vielfalt in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsgewalt** (BBNJ Agreement) zügig ratifiziert und effektiv umgesetzt wird. Ohne die Möglichkeiten zur Unterschutzstellung von Gebieten auf der Hohen See wird die Umsetzung des Flächenziels nicht erreichbar sein. Institutionelle Strukturen und finanzielle Mittel für dessen effektive Umsetzung müssen eingeplant und etabliert werden. Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU **effektive Maßnahmen gegen den Verlust der marinen Artenvielfalt** auf den Weg bringt, damit die zentralen Ökosystemfunktionen der Meere auch im Sinne des globalen Klimaschutzes – als Klimaregulator, Kohlenstoffsенke und Sauerstoffproduzent – gesichert werden.
- Sprechen Sie sich deutlich **gegen die Genehmigung von Tiefseebergbauvorhaben** aus. Weder ist belegt, wie der großflächige Abbau von mineralischen Ressourcen in den bisher unberührten Meeresökosystemen ohne erhebliche Schäden durchgeführt werden könnte, noch ist ein belastbarer Beweis erbracht, dass die Ressourcen überhaupt benötigt werden. Nehmen Sie die Verpflichtungen der internationalen Staatengemeinschaft zum Schutz der Meere ernst. Stärken Sie stattdessen die Kreislaufwirtschaft.
- Die EU hat sich dazu verpflichtet, bis 2027 den **guten ökologischen und chemischen Zustand aller Gewässer** zu erreichen. Stellen Sie sicher, dass die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) erreicht und Umsetzungsdefizite zügig behoben werden, ohne die WRRL selbst in Frage zu stellen. Setzen Sie sich zudem für einen neuen **EU-Fahrplan für Wasser und Klimaanpassung** ein, der die Stärkung des Landschaftswasserhaushalts ins Zentrum setzt sowie die Kosten von Klimawandelfolgen (bspw. Überschwemmungen, Dürre) einbezieht.
- Die EU hat sich zur Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie verpflichtet. Setzen Sie sich für Maßnahmen zur **sofortigen Reduktion von Unterwasserlärm** ein, wie z.B. die Einrichtung von Ruhezeiten, die

Initiierung von Pilotprojekten zur Geschwindigkeitsreduktion von Schiffen in europäischen Gewässern sowie die Vermeidung oder Eindämmung von Impulslärm.

- Setzen Sie sich dafür ein, dass **Müleinträge von Land in Meere und Flüsse weiter reduziert** werden. Sorgen Sie für die **Reduktion seeseitiger Plastik- und Schadstoffeinträge** ins Meer, stoppen Sie Dollyropes und die unsachgemäße Entsorgung von Müll, Arzneimitteln und weiteren Chemikalien. Das zeitnahe Durchsetzen eines EU-weiten Verbots von Dollyropes aus Kunststoff wäre ein wichtiges Zeichen. Darüber hinaus sollten Hersteller\*innen für die Verschmutzung der (Meeres-)Umwelt konsequent zur finanziellen Verantwortung gezogen werden.
- Eine konsequente Umsetzung der Ziele der **Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP)** ist für den Erhalt und Wiederaufbau gesunder Fischbestände, der marinen Ökosysteme und ihrer essentiellen Funktionen – auch im Sinne des Klimaschutzes – unabdingbar und dient als Grundlage für einen langfristig nachhaltigen europäischen Fischereisektor. Es müssen in Aquakulturen weniger Fische zu besseren Konditionen gehalten werden, und es bedarf eines wissenschafts- und ökosystembasierten Fischereimanagements, das die Auswirkungen der Fischerei auf die Ökosysteme minimiert. Setzen Sie sich außerdem für eine strenge Fischereikontrolle in europäischen und internationalen Meeressgewässern, eine Null-Toleranz-Politik gegenüber illegaler, undokumentierter und unregulierter (IUU-)Fischerei, einen engagierten Einsatz in regionalen Fischereiabkommen sowie den Stopp schädlicher Fischereisubventionen, die Überkapazitäten in der Fangflotte und Überfischung befeuern, ein.

### Für eine Stärkung der Gesundheit und schadstofffreien Umwelt

Die Corona-Pandemie zeigte, wie groß der Einfluss der Umwelt auf unsere Gesundheit ist. Zoonosen, Antibiotikaresistenzen, Luft-, Wasser-, Boden-, Lärm- und Lichtverschmutzung gefährden die Gesundheit von Mensch, Tier und der Umwelt. Die globalen Kosten aufgrund der Schadeinwirkungen von Chemikalien liegen bei mehr als zehn Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes (BIP), europaweit sterben jährlich über 300.000 Menschen frühzeitig aufgrund von Luftverschmutzung, darunter 1.200 Kinder und Jugendliche. Die EU hat mit ihrem Null-Schadstoff-Aktionsplan und der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit den richtigen Weg eingeschlagen. Wir müssen ihn konsequent weiterverfolgen, damit die Gesundheit der Menschen und der Umwelt besser geschützt wird und das Null-Schadstoff-Ziel der EU auch anderen Regionen der Welt als echtes Vorbild dienen kann.

- Setzen Sie sich dafür ein, dass die Vision einer **giftfreien Umwelt in der EU spätestens 2030 im Einklang mit der Chemikalienstrategie** Realität wird. Dafür benötigt die Europäische Union Gesetze, die besorgniserregende Stoffe schnell, effizient und ausgerichtet am **Vorsorgeprinzip** regulieren sowie einen Gesetzgebungsrahmen, der das **Verursacherprinzip** vollständig umsetzt. Jede Form von Umweltverschmutzung muss durch alle Politikbereiche hinweg adäquat adressiert werden. Die Umweltverschmutzung zu beenden braucht gemeinsame und ressortübergreifende Aktivitäten, da eine gesunde Umwelt nicht nur Menschenrecht ist, sondern auch Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft und ein funktionierendes Gemeinwohl.
- Beenden Sie **doppelte Standards** im Chemikalienrecht. Stoffe, die aufgrund ihrer schädlichen Wirkung für Mensch, Tier und Umwelt in der EU verboten oder beschränkt sind, sind genauso schädlich in anderen Teilen der Welt und sollten nicht länger aus der EU exportiert werden dürfen. Für solche Substanzen brauchen wir ein umfassendes Exportverbot.
- Erarbeiten Sie Strategien und Gesetze, die den **sozial-ökologischen Wandel der Chemieindustrie** als Schlüsselsektor und ihrer Wertschöpfungsketten auf den Weg bringen und den Aufbau einer nachhaltigen und giftfreien Kreislaufwirtschaft ermöglichen.
- Setzen Sie sich für ein starkes, verbindliches **UN-Abkommen gegen die Plastikverschmutzung** ein mit dem Ziel, klare Reduktionsziele für die Produktion von Neu-Plastik und den Eintrag in die Umwelt zu schaffen sowie die Verwendung gefährlicher Chemikalien in Plastik schrittweise einzustellen. Die Umsetzung und Implementierung zur Erreichung der Ziele in der EU muss durch einen **Aktionsplan** erfolgen.

- Arbeiten Sie darauf hin, dass die EU sich verpflichtet, bis 2030 in ganz Europa die **Qualitätsstandards der WHO-Luftqualitätsleitlinien** von 2021 zu erreichen und Luftqualitätsverbesserungen aufrechtzuerhalten. Dies gelingt nur in Kombination mit ambitionierter Emissionsgesetzgebung wie der NEC-Richtlinie, der Ökodesign-Verordnung und der EURO-7-Abgasnorm.
- Der Schutz der Böden ist eine europäische Aufgabe. Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU eine ambitionierte **Gesetzgebung zur Bodengesundheit** verabschiedet, die unter anderem klare Ziele zur Eindämmung des Flächenverbrauchs und der Flächenversiegelung setzt.

### Die nachhaltige Mobilitätswende realisieren

Der Verkehrssektor gehört zu den klimaschädlichsten Sektoren, der rund 25 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen der EU erzeugt und diese anders als in anderen Sektoren bislang kaum gesenkt hat. Regelmäßige Skandale wie verbotene Absprachen von Unternehmen und systematische Manipulationen der Abgasreinigungssysteme von Autos sowie anhaltende Belastungen der Menschen durch Lärm und Luftschadstoffe insbesondere in unseren Städten belegen den enormen Handlungsbedarf. Milliarden an Steuersubventionen und das Festhalten an überholten, unnötigen und überdimensionierten Infrastrukturplanungen stehen der Nachhaltigkeit entgegen. Eine echte Antriebs- und Mobilitätswende ist nötig. Durch den europäischen Green Deal hat das Umdenken im Verkehrssektor begonnen, welches nun weitergeführt und gestärkt werden muss.

- Sorgen Sie dafür, dass die für den Verkehrssektor im europäischen Green Deal verhandelten **Initiativen für eine nachhaltige und intelligente Mobilität**, einen grünen, europäischen Meeresraum, strengere Grenzwerte für Luftschadstoffemissionen, niedrigere CO<sub>2</sub>-Flottenstandards für Pkw und Lkw, kombinierten und elektrifizierten Güterverkehr und die Einrichtung öffentlicher Ladestationen ambitioniert, zügig und effektiv um- und durchgesetzt sowie in den anstehenden Revisionen an Klimaschutzanforderungen angepasst werden. Allem voran muss die Maßgabe der **Energieeffizienz** stehen.
- Wirken Sie darauf hin, dass das **Verursacherprinzip** vollständig auf alle Verkehrsträger – insbesondere auf den Flugverkehr – angewendet wird. Setzen Sie sich daher für den **Abbau von umweltschädlichen Subventionen im Verkehr** ein. Dafür ist unter anderem eine ambitionierte Umsetzung der Energiesteuerrichtlinie notwendig, die mit kurzen Übergangsfristen dafür sorgt, dass umweltschädliche Kraftstoffe am höchsten besteuert werden. Um die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben, sollten die Einnahmen daraus nachhaltige Mobilität bezahlbar machen – insbesondere für finanziell schwächere Haushalte bzw. kleine und mittelständige Unternehmen, beispielsweise durch günstige Bahntickets.
- Sorgen Sie durch ambitionierte und konsequente Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -elektrifizierung dafür, dass der Energiebedarf im Verkehr deutlich sinkt und der **Einsatz von biogenen und synthetischen Kraftstoffen auf ein absolut nötiges Mindestmaß** begrenzt wird. E-Fuels dürfen ausschließlich im Schiff- und Luftfahrtsektor verwendet werden, nur auf Basis von zusätzlicher erneuerbarer Energie und erst nach Ausschöpfung aller Potenziale zur Vermeidung, Verlagerung und Elektrifizierung. Beenden Sie umgehend den Einsatz von biogenen Kraftstoffen aus Anbaubiomasse, deren Produktion Klimakrise, Artensterben und die globale Ernährungskrise befeuert. Die nachhaltig verfügbaren Mengen an Rest- und Abfallstoffen sind äußerst gering und müssen gemäß dem Kaskadenprinzip für stoffliche Nutzungen priorisiert werden. Solange biogene Kraftstoffe im Einsatz sind, muss sichergestellt sein, dass die Nachhaltigkeitskriterien und das Monitoring so angepasst werden, dass Betrug sicher ausgeschlossen wird.
- Setzen Sie sich für die **Elektrifizierung des Transportsektors** insbesondere im Straßenverkehr ein. Hier sind Energieeinsparung und Recycling sicherzustellen: Machen Sie sich für die **Einführung von Effizienzstandards für batterieelektrisch betriebene Pkw und Nutzfahrzeuge** stark. Diese Standards sollten Anreize für einen möglichst sparsamen Energie- und Ressourceneinsatz bei der Herstellung, dem Betrieb und dem Recycling von Elektrofahrzeugen setzen. Dazu zählt auch die Einführung von Recyclingquoten sowie strengere Vorgaben zur Lieferkettenverantwortung.

- Setzen Sie sich für ein funktionierendes und schnelles grenzüberschreitendes **europäisches Fern- und Nachtzugnetz** ein, um flächendeckend eine attraktive Alternative zum Flugverkehr bereitzustellen. Dafür braucht es eine faire Bepreisung der Klimakosten aller Verkehrsträger, insbesondere auf den vielbeflogenen Strecken einen vorrangigen und massiv beschleunigten Ausbau des europäischen Schienennetzes, einen klaren Zeitplan für die Einführung eines Europataktes und die Stärkung von Fahrgastrechten. Machen Sie sich stark für eine europäische Plattform, über die europaweit Tickets, auch für Fahrräder, einfach online gebucht werden können. Diese europaweite Bahnpolitik sollte durch ein Eurocontrol für die Bahn koordiniert werden. Dafür sollte das Mandat der Europäischen Eisenbahnagentur entscheidend gestärkt werden.
- Um wirksam zum Klimaschutz beizutragen, muss der Flugverkehr als mit Abstand klimaschädlichster Massenverkehrsträger deutlich reduziert werden. Setzen Sie sich für eine **europaweite Besteuerung von Kerosin, eine zügige Bepreisung von Nicht-CO<sub>2</sub>-Effekten sowie eine sozial gerechte Vielfliegerabgabe** ein.
- Die **Schifffahrt** trägt circa drei Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Setzen Sie sich zur Senkung dieser Emissionen für eine Stärkung der Mindestquoten von RFNBOs (Renewable Fuels of Non-Biological Origin), eine verpflichtende Landstrominfrastruktur mit Grünstrom und eine gerechte Besteuerung von Schiffskraftstoffen ein. Zur zeitnahen Emissionsreduktion in europäischen Gewässern unterstützen Sie die Entwicklung eines Dekarbonisierungsplans für Fähren- und Kurzstreckentransporte.

### Die Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation sicherstellen

Um den eingeschlagenen Weg der sozial-ökologischen Transformation Europas realisieren zu können, bedarf es laut Berechnungen der EU-Kommission öffentliche und private Investitionen von einer Billion Euro bis 2030. Ohne diese Mittel wird uns der Erhalt unserer Lebensgrundlagen nicht gelingen. Hier kann der Finanzmarkt eine Hebelwirkung entfalten, indem auf Portfolio-Ebene negative Wirkungen identifiziert, konsequent wissenschaftsbasierte Ziele im Einklang mit den planetaren Grenzen gesetzt und diese über Transformationspläne nachgehalten werden. Darüber hinaus muss der EU-Haushalt mit anderen flankierenden Maßnahmen bei der Transformation eine weit stärkere Rolle übernehmen. Gleichzeitig ist es geboten, öffentliche Fördermittel und Subventionszahlungen mit einer klaren politischen Lenkungswirkung in Richtung Transformation zu versehen.

- Eine Erweiterung der EU-Taxonomie zu einer umfassenden „**Transformationstaxonomie**“, wie sie die Plattform für ein nachhaltiges Finanzwesen vorschlägt, kann die Grundlage für die Lenkung und Regulierung von Finanzflüssen in Richtung der Transformation bilden. Dabei müssen begonnene Regulierungen konsequent weiterentwickelt und angepasst werden. Die Offenlegungsverordnungen (CSRD, SFDR, CSDDD) müssen aufeinander abgestimmt und ein mit einer erweiterten Taxonomie kompatibles Regelwerk bilden, das auf dem Sustainable Finance Paket aufbaut. Setzen Sie sich für eine **EU-Taxonomie** ein, die konsequent auf wissenschaftliche Basis gestützt ist und allen Umweltzielen gleichermaßen gerecht wird. Das bedeutet auch die Rücknahme der Entscheidung, fossilem Gas und Atomkraft durch Aufnahme in die Taxonomie den Titel nachhaltiger Technologien zu verleihen. Für eine erfolgreiche Transformation der Wirtschaft ist es erforderlich, die Taxonomie auf alle staatlichen Ausgaben und den Mehrjährigen Finanzrahmen anzuwenden.
- Setzen Sie sich für den Aufbau einer umfassenden **Dateninfrastruktur**, den European Single Access Point, ein. Hierdurch können Transformationspläne zur breit verfügbaren Grundlage von Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen gemacht und Wettbewerbsfähigkeit geschaffen werden. Um Transparenz und Verlässlichkeit für Nachhaltigkeitsbewertungen zu fördern, muss eine stärkere Regulierung von Nachhaltigkeits-(ESG)-Ratings erfolgen.
- Sämtliche Mittel sind klar an den **Erfordernissen der Realisierung des europäischen Green Deals anzupassen**. Ein Ansatz für mehr Konsistenz zwischen öffentlicher Umwelt- und Finanzpolitik ist das **Green Budgeting**, welches unbedingt die Wirkungsanalyse der öffentlichen Ausgaben fördern soll. Setzen Sie sich für ambitionierte und steigende Ziele für Mindestanteile umwelt- und klimafreundlicher Ausgaben in den Programmen

der EU („climate mainstreaming“) ein. Menschenrechtliche und umweltbezogene Standards müssen auch für alle Investitionen gelten, die im Rahmen des „grünen Industriepans“ getätigt werden.

- Um das Verursacherprinzip überall und konsequent umzusetzen, setzen Sie sich für eine **rasche Abschaffung aller umwelt- und klimaschädliche Subventionen** ein, zu der sich Deutschland und die EU im G7- und G20-Rahmen bereits mehrmals verpflichtet haben. Umwelt- und klimaschädliche Subventionen konterkarieren alle Investitionen in Klimaschutz und die Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit und bremsen den Strukturwandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise in Europa aus.
- Setzen Sie sich für einen **europäischen Fiskalrahmen** ein, der Investitionen in das Klimapaket „Fit for 55“ und die sozial-ökologische Transformation ermöglicht. Die Schuldenbremse darf nicht über den für die sozial-ökologische Transformation notwendigen Investitionen stehen. Setzen Sie sich dafür ein, das **Europäische Semester** vollständig zu einem jährlichen Nachhaltigkeitszyklus umzugestalten. Dieser muss den europäischen Green Deal und die SDGs integrieren, um die Widerstandsfähigkeit der EU zu stärken.
- Um den sozial-ökologischen Wandel und das Ziel der Klimaneutralität sozial gut abzufedern, braucht es eine **zeitnahe Erhöhung des Klimasozialfonds** (vor 2030) und eine ambitionierte Ausgestaltung anderer Finanzierungsinstrumente wie dem Europäischen Souveränitätsfonds. Um insbesondere die Wärme- und Verkehrswende voranzubringen und sozialverträglich zu gestalten, muss das Volumen des Klimasozialfonds sich ohne Deckelung proportional zum CO<sub>2</sub>-Preis im ETS2 entwickeln: Mindestens 35 Prozent der ETS2-Einnahmen sollten in diesen solidarischen Klimafonds fließen. Zusätzlich sollte die Kofinanzierung der Mitgliedstaaten beibehalten werden.
- Stellen Sie sicher, dass die **Europäische Wasserstoffbank** ausschließlich die Produktion erneuerbaren Wasserstoffs subventioniert. Umweltschädliche fossile oder Atomstrom-Wasserstoffproduktion unter dem Deckmantel „Low carbon“ müssen von der Förderung klar ausgeschlossen werden. Das Fördervolumen der Bank muss im richtigen Verhältnis zum innereuropäischen Ausbau der erneuerbaren Energien stehen, die als Grundlage der grünen Wasserstoffproduktion Priorität haben müssen.

## Kontakt und Rückfragen

### Bjela Vossen

Leiterin EU-Koordination

**Telefon:** 030 6781775-85

**E-Mail:** bjela.vossen@dnr.de

### Elena Hofmann

Referentin für EU-Klima- und Energiepolitik

**Telefon:** 030 6781775-79

**E-Mail:** elena.hofmann@dnr.de

### Lavinia Roveran

Koordinatorin für Naturschutz und Agrarpolitik

**Telefon:** 030 6781775-901

**E-Mail:** lavinia.roveran@dnr.de

**Bilder:** AdobeStock/SmallWorldProduction (Titel), AdobeStock/Tobias Arhelger (Seite 03)

**Stand:** September 2023

**Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.**, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen, Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, E-Mail: info@dnr.de, Telefon: 030 6781775-70, www.dnr.de